

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
 der Freien Stadt Danzig
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
 Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telephon 720

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 295

Montag, den 19. Dezember 1921

12. Jahrgang

Die Antwort der Reparationskommission.

Deutschland soll nähere Angaben und Vorschläge machen.

Berlin, 17. Dez. (W.T.N.) Der deutschen Regierung ist in Beantwortung der Note vom 14. d. Mts. folgende Mitteilung der Reparationskommission zugegangen:

Die Reparationskommission hat die Note des Reichskanzlers vom 11. des Monats empfangen, in welcher er bekannt gibt, daß die deutsche Regierung nicht in der Lage ist, die Noten der Jahresleistung vollständig zu zahlen, welche nach dem Zahlungsplan am nächsten 15. Januar und 15. Februar fällig werden und in welcher er die Reparationskommission bittet, sich mit der Stundung eines Teiles dieser Fälligkeiten einverstanden zu erklären.

Die Reparationskommission kann nur ihr Erstaunen darüber ausdrücken, daß sie in der Note des Reichskanzlers weder eine nähere Angabe über die Devisenbeträge findet, welche die deutsche Regierung an jedem der Fälligkeitstage vom 15. Januar und 15. Februar nächsten Jahres zu liefern bereit sein würde, noch eine Erklärung darüber, welche Stundungsfrist erbeten wird, um den Restbetrag zu zahlen, noch das Angebot von Garantien für die Zwischenzeit.

Solange die Reparationskommission diese näheren Mitteilungen nicht erhalten hat, ist es ihr unmöglich, die Bitte der deutschen Regierung in Betracht zu ziehen oder zu prüfen. Die Reparationskommission stellt mit Bedauern fest, daß die Note des Reichskanzlers keine Angabe über die Maßnahmen enthält, die er angewendet hat oder die er anzuwenden beabsichtigt, um den Wünschen der Reparationskommission in ihrer mündlichen Erklärung vom 13. November und in ihrer Note vom 2. Dezember 1921, auf welche die Kommission noch einmal ausdrücklich verweist, zu entsprechen.

Der „Vorwärts“ schreibt hierzu:

Betrachtet man die Mitteilung der Reparationskommission ohne jeden voreiligen Optimismus, so ergibt sich die Tatsache, daß die Entente dem Ergeben der deutschen Regierung nicht ohne weiteres ablehnend gegenübersteht. Die Reparationskommission spricht ihr Erstaunen darüber aus, daß der Reichskanzler kein festumrissenes Angebot gemacht habe, also erwartet man ein derartiges Angebot. Und das galt es zunächst einmal festzustellen. Der Reichskanzler kann den Weg, den er mit seiner Note beschritten hat, fortsetzen, wobei zu erwägen wäre, ob es nicht einfacher und für beide Teile nützlicher wäre, in Verhandlung einzutreten, ehe man in einer überaus schwierigen Materie, über die sich grundlegend auszusprechen nicht zu umgehen sein wird, Projekte vorlegt. Im Auge behalten muß man ferner die Tatsache, daß die Reparationskommission, indem sie Reichskanzler Dr. Wirth auffordert, des näheren auseinanderzusetzen, wie er sich die Stundung eines Teilbetrages der nächsten Noten denkt, stillschweigend zugibt, daß eine Neuregelung des Reparationsproblems spruchreif ist.

Neue Verhandlungen Rathenaus.

Wie die „Montagspost“ mitteilt, sind die von Stines und Walter Rathenau in London eingeleiteten Verhandlungen nicht etwa abgeschlossen oder gar abgebrochen, vielmehr werde in aller kürzester Zeit Walter Rathenau zu weiteren Besprechungen nach London fahren.

Englands Vorschläge?

Paris, 18. Dez. Der Londoner Berichterstatter des „Temps“ meldet zu den bevorstehenden englisch-französischen Besprechungen: In erster Linie werde man die Reparationsfrage besprechen. Man sehe die Möglichkeit eines englisch-deutschen Abkommens nach Art des Wiesbadener Abkommens vor, wonach Deutschland an Großbritannien gewisse für England nötige Produkte liefern und an der wirtschaftlichen Wiedererhebung Rußlands mitarbeiten werde. 2. soll England die französische Schuld annullieren und dafür deutsche Reparationsbonds der Serie C erhalten, die es alsdann vernichten werde, 3. soll England Frankreich die Ratifizierung des Schutz-

vertrages vom 28. 6. 1919 anbieten und die Entente in eine Allianz umwandeln, 4. sollen die allgemeinen Probleme Europas besprochen werden. Die englische Regierung werde deshalb zu Beginn des kommenden Jahres eine Konferenz vorschlagen, an der auch Rußland und die ehemals feindlichen Länder teilnehmen sollen.

Französische Vorbereitungen.

Paris, 18. Dez. (W.T.N.) Der Senat hat gestern das Rekrutierungsgesetz für die Jahressklasse 1922 in der Fassung der Kammer angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte Kriegsminister Barthou, die vorzeitige Entlassung der Jahressklasse 1920, die für den Monat März in Aussicht genommen worden sei, könne nicht erfolgen. Er müsse daran erinnern, daß Frankreich sich für die Monate Januar und Februar wichtigen Zahlungsterminen gegenüber befinde und daß es deshalb alle seine militärische Kraft nötig habe.

Der Abgeordnete Magne hat eine Interpellation in der Kammer eingebracht, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, damit Deutschland seine Zahlungsverpflichtungen vom 15. Januar und 15. Februar erfülle.

Parlamentarische Nacharbeit.

Der Deutsche Reichstag tagte von Sonnabend mittag bis Sonntag 21. Uhr morgens, um die zur Beratung stehenden Vorlagen noch vor Eintritt in die Ferien zu verabschieden. Das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge wurde mit einer Änderung, wonach das Stillgeld 450 Mk. (statt 3 Mk.) betragen soll, in 3. Lesung angenommen, ebenfalls ein Gesetz über Neuregelung der Zulagen und Abfindung in der Unfallversicherung.

Zum Einkommensteuergesetz wurden folgende Abänderungen beschossen: Für die ersten 50 000 Mark werden 10 Prozent Steuer erhoben, für die nächsten 10 000 Mark 15 Prozent, für die weiteren 20 000 Mark 20 Prozent, für die weiteren 20 000 Mark 25 Prozent, für die weiteren 100 000 Mark 35 Prozent, für die weiteren 200 000 Mark 40 Prozent, für die nächsten 500 000 Mark 45 Prozent und für die weiteren 500 000 Mark 50 Prozent. Die Einkommensteuer ermäßigt sich um je 20 Mark für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau, um 300 Mark für das Kind. Dem 10 prozentigen Lohnabzug sind außerdem abzuzählen 45 Mark für jeden Monat. Eine längere und erregte Auseinandersetzung gab es über einen Antrag der Rechten, die Weiterführung der alten Handelskammer schwärzweissrot über den in der Verfassung festgesetzten Termin (1. Januar 1922) zu gestatten. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 125 gegen 138 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt. Dafür stimmten die Rechten, sowie einzelne Mitglieder des Zentrums, der Demokraten und die Bayerische Volkspartei. Das Ergebnis wurde mit Bravorufen auf der Linken, mit Pfuirufen auf der Rechten aufgenommen.

Am Mittwoch verlagte sich der Reichstag um eine Viertelstunde. In der anschließenden Sitzung wurde der Nachtragetat in dritter Lesung angenommen. Angenommen wurde ferner in allen Lesungen das Postgebührenengesetz nebst den Änderungen des Postbesetzungsgesetzes und den Telegraphengebühren nach den Ausschussbeschlüssen, die die Gebührensätze der Regierungsvorlage zum Teil herabsetzten. Der Reichstag verlagte sich darauf bis spätestens 19. Januar 1922.

Neue Hilferufe aus Rußland.

Kopenhagen, 17. Dez. Wie die „Berlingske Tidende“ und „Helsingfors“ meldet, haben die Vertreter der 16 Hungerrouvernements einstimmig die Forderung erhoben, daß die Zentralbehörden in Moskau sofort neue Schritte bei den Westmächten unternehmen, um zu verhindern, daß weitere Millionen von Menschen am Hungertode zugrunde gehen. Die von einer Reise in die sogenannte tartarische Republik zurückgekehrten Vertreter des deutschen Roten Kreuzes teilen mit, daß die gesamte Bevölkerung eine sichere Beute des Hungertodes werden würde, wenn nicht innerhalb eines Monats weitreichende Hilfe gewährt werde.

Eine Blindendemonstration.

Der Verein blinder Industriearbeiter in Berlin, der die Gesamtheit der Blinden vertritt, veranstaltete am Sonntag einen Demonstrationsszug von etwa 300 Teilnehmern am Reichstanzlei, wo die in einer Denkschrift niedergelegten Forderungen überreicht wurden, die ein Vertreter des Reichskanzlers entgegennahm.

Jagows Schlussworte.

Urteilsverkündung am Mittwoch.

Leipzig, 17. Dez. (W.T.N.) Im weiteren Verlaufe der Sonnabend-Sitzung des Reichsgerichtes im Jagow-Prozess erklärte Reichsanwalt Neumann u. a., auch Bangeheim gehörte sicherlich zu den Zuhörern. Er kam aus Bremen nach Berlin und eilte sofort auf den Befehl Kapps zu diesem hin. Einem Mann von seinen Fähigkeiten und Kenntnissen soll nicht bekannt gewesen sein, welche Bedeutung die Uebernahme eines Ministeriums hat? Nach einigen Worten der Verteidiger erteilte der Vorsitzende v. Jagow das Schlusswort, der sich gegen den Ausdruck des Oberreichsanwalts wandte, daß er Mangel an Mut gezeigt habe, seine Tat einzusehen. Allerdings habe er sich der Untersuchungsdhaft entzogen, aber nicht aus Mangel an Mut, sondern um sich die Kraft zu bewahren, den Gegnern gegenüberzutreten zu können! Der Vorladung zur Vernehmung am 3. Mai sei er sofort gefolgt. Wenn Kapp ihn aufgefordert hätte, ein Amt zu übernehmen, so sei dies eine lokale Handlung gewesen. Die Uebernahme des Amtes sei sogar Pflicht des preussischen Beamten gewesen. Er habe sich Kapp gegenüber so verhalten, wie am 8. November 1918 gegenüber der Regierung Ober-Scheidemann, indem er sich damals entschieden, sein Amt als Regierungspräsident weiter auszuüben. Weiterhin suchte er sich gegen die einzelnen Anklagepunkte zu verteidigen, die sich auf die Übernahme von Amtshandlungen und Teilnahme an Kabinettsitzungen bezögen. Nach dem Schlusswort der Angeklagten im Jagow-Prozess vor dem Reichsgericht schloß der Präsident die Verhandlungen. Das Urteil wird am nächsten Mittwoch nachmittags verkündet werden.

Im Reichstag ist von unabhängiger Seite eine kleine Anfrage eingebracht, ob die Regierung beabsichtigt, auf Grund der Ergebnisse des Jagow-Prozesses gegen Ludendorff die Anklage wegen Hochverrats zu erheben.

Neuer Versuchsballon.

Der „Berl. Volksanz.“ bringt die Frage der Neubildung der Reichsregierung erneut aufs Tapet, indem er aus parlamentarischen Kreisen wissen will, daß sich die Deutsche Volkspartei mit einer Kabinettsveränderung durch bloße Befragung der drei offenen Parteiführer nicht einverstanden erklären und voraussichtlich (!) eine vollständige Neubildung des Kabinetts fordern würde. Da für diese Regierungsneubildung gerade außenpolitische Gesichtspunkte in Frage kämen, werde jede parteipolitische Erwägung zurücktreten und ein Kabinett auf breiter Grundlage gebildet werden, durch das geeignete Verhandlungsführer gewonnen würden.

Die P.P.M. melden gegenüber Anstimmungen der Reichspresse über eine Regierungskrise, daß davon zurzeit keine Rede sein kann. Solange der von der Reichsregierung unternommene Schritt nicht abgeschlossen sei, sei es auf alle Fälle nötig, von einer Regierungskrise zu sprechen.

Eine Spur der Mörder Erzbergers?

Die Dortmunder Polizeidirektion teilt mit: Vor einigen Tagen wurde unter dem Verdacht der Mittäterschaft des Mordes an dem Reichstagsabgeordneten Erzberger der 20 Jahre alte Student Heinrich Dieck aus Stuttgart festgenommen. Er wohnte seit einigen Wochen in dem Danne Pippelstraße 7, ohne sich anzumelden. Anlaß zu der Verhaftung geben Neußerungen des Dieb, aus denen geschlossen werden konnte, daß er der Mittäterschaft oder Mitwisserchaft verdächtig sei. Dieb wurde dem Amtsgericht zugeführt und befindet sich noch in Haft.

Frankreichs neuer Mann in Polen.

Nachdem durch die jüngst gemeldeten Erörungen des Generals Nessel durch Pilsudski der unalltägliche Eindruck abgeklungen ist, den Verwirklichung seiner längst gehegten Rücktrittsabsichten ausüben mußte, ist nunmehr als sein Nachfolger auf dem Posten des Chefs der französischen Militärmission in Polen der General Dupont angetreten. Dupont war bisher Leiter der deutsch-polnischen Grenzkommission. Er gilt in geringerem Grade als Nessel als Vertreter einer aktiven Politik gegenüber Sowjetrußland. Die französische Auffassung, Polen als Vorposten an der deutschen Ostflanke zu betrachten, vertritt er in diplomatischer Einleitung.

Um das Koalitionsrecht in Oberschlesien.

Man schreibt aus Oberschlesien: Am 8. Dezember nahmen hierseits die deutsch-polnischen Wirtschaftsverbände ihren Anfang. Oberschlesien bildet nach Form und Charakter infolge einer zweihundertjährigen Entwicklung im wesentlichen eine einheitliche wirtschaftliche und geographische Einheit. Ein politischer Wadhspruch wird der Einheit zerschellen. Damit nun daraus keine wirtschaftliche Katastrophe entsteht, gebot die Entente, dass zwischen Deutschland und Polen ein Wirtschaftsabkommen zu vereinbaren sei, wonach es wenigstens für die nächsten 15 Jahre ermöglicht würde, Rohstoffe, Halbfabrikate und Industrieprodukte vom deutschlebenden Teil nach dem polnischlebenden Teil und umgekehrt hinüber und herüber zu wechseln, denn es werden Gesellschaften, deren Betriebe aufeinander angewiesen sind, gestellt.

Am härtesten würden die Arbeiter betroffen, wenn es keine Möglichkeit geben sollte, die sozialen Verhältnisse und das Koalitionsrecht zu retten für jene, die künstlich ungenügend polnische Staatsbürger werden. Polen ist in sozialer Hinsicht ein rückständiger Staat. Das aller etwa zu erwartenden Fortschritten wird der heile Garant für die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung, das Bestehen einer geschlossenen, möglichst alle Arbeiter umfassenden freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sein. Hierzu ist erforderlich, daß in erster Reihe das Fortbestehen der vorhandenen freigewerkschaftlichen Berufsverbände gesichert wird. In den Entwurfsvorläufen für die Vereinbarung eines Wirtschaftsabkommens ist bezüglich der vorhandenen Organisationen folgendes bestimmt:

„Die deutsche und polnische Regierung werden für die Dauer von 15 Jahren die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die im Abkommensgebiet tätig sind, anerkennen. Die Verbände werden in der Lage sein, Kollektivverträge für das gesamte Abkommensgebiet abzuschließen.“

Diese Anordnung will nun nicht viel besagen angesichts der Tatsache, daß im polnischen Vereinsgesetz bestimmt ist, daß die im polnischen Staatsgebiet wohnenden polnischen Staatsangehörigen keiner Vereinigung angehören dürfen, deren Zentralität außerhalb dieses Landes ist. Somit kommt nun noch das neue kommunale Verfassungsgesetz, das kürzlich im Sejm verabschiedet wurde. Lebt kann die polnische Polizei und Justiz, die künftig in dem polnischen westlichen Teile Oberschlesiens dominierten wird, einen Grund finden, um die vorhandenen deutschen Gewerkschaften des Kommunismus zu verdächtigen, um sie zur Auflösung zu bringen.

Die ober-schlesischen Unternehmer gehen wohl um die Einheit ihrer Arbeitgeberverbände nicht viel. Prominente Herren, deren Werke künftig geschlossen in Polen liegen, sind der Auffassung, daß sich die Interessen derjenigen Unternehmungen, die in Deutschland bleiben, und diesen, die nach Polen kommen, recht bald missernten werden, so daß man sich wohl bald trennen würde. Jene, die diese Auffassung haben, sind natürlich deutschnational, wie ja auch der Führer der Unternehmerdelegation, die mit polnischen Vertretern in Sokolowice Sonderverhandlungen führte, hinter dem Rücken der deutschen Regierung, Herr Hjarin, Oberdirektor des Fürsten von Pleh, deutsch-nationaler Stadverordneter in Katowice ist. Es hat immer so seine Eigenheiten mit dem „nationalen Empfinden“ dieser Herren.

Diese Herren wünschen natürlich auch die Einheit der Gewerkschaften vorhin, wo der Fieser wohnt. Sie geben nach unserer Überzeugung nichts daran, wenn in dem polnischen westlichen Teile Oberschlesiens die freien Gewerkschaften verkümmern. Die deutschnationalen Unternehmer, die künftig polnische Staatsbürger sein werden, würden Arbeiter haben die deutschen Anwerbeblätter gerade bei diesem Abkommen der Vereinigung anzupassen, damit Sicherungen für das Weiterbestehen der Gewerkschaften geschaffen werden. Für Polen ist vor allen Dingen gegen terroristische Mordanschläge polnischer Arbeiter und auch gegen Uebergriffe der polnischen Behörden über die Grenze, wegen etwaiger Anwerbe der Arbeiter, die keine „deutschnational“ und weniger „polnischnational“ sein werden, werden sie sich dann für ein mit Gewalt zu wehren verstehen.

Die Kommission für den Friedensvertrag in Versaille hat nach dem letzten Verhandlungen die Annahme von Artikel 115 für die Ueberführung der Drahten in der Gegend von Oberschlesien. Die Drahten werden in dem Sommer unter polnischer Aufsicht stehen. Die Ueberführung der Drahten erfolgt gemäß den Bestimmungen des Artikels 112 des Friedensvertrages. Dieser besagt, daß die deutsche Regierung die auf die abgeschlossenen Verträge entfallenden Steuern der polnischen Regierung überläßt. Von diesem Zeitpunkt ab ist die Verwaltung vollzogen.

Das Getreide im russischen Hungergebiet.

In dem bereits erwähnten Hungergebiet gibt kaum noch folgende ausreichende Versorgung aus dem russischen Hungergebiet: Die Datsch und Umgegend besetzt. Das Getreide überflüssig die Hungernden. Die Gegend von Datsch. Wo die Datsch arbeiten, unerschöpfliche Getreidevorräte. Von diesen haben wir keine Nachricht mehr. Während der Monate September, Oktober, November sind die Getreidevorräte, aber die Getreidepreise fortwährend und bis zum Frühjahr werden zwei Drittel der Einwohner versterben, falls ausreichende Hilfe nicht sofort gelangt. In der Stadt Datsch werden jeden Morgen tote Männer, Frauen und Kinder auf der Straße aufgefunden, andere liegen tagelang liegen, da keine Möglichkeit besteht, sie wegzuschaffen. Ich selber sah eine von den Straßen zerstreute Leiche auf der Straße. Auf dem Friedhof sah ich einen Haufen von ungeführ 50 Leichen, meistens Kinder, ohne jegliche Beerdigung, da diese von den Hungerlebenden zu sich genommen war. Diese Leichen waren im Laufe von zwei Tagen mit dem Leichenwagen hingerührt. Ich fragte den Totengräber, wieviel Leichen täglich eintreffen, er antwortete, er wisse das gar nicht, da sie hausweise abgeholt werden. Der Eindrud der Hunderte von Kindern, deren Körper nur aus Haut und Knochen bestehen und die sich kaum aufrecht halten, sowie der verzweifelten Mütter, die um Nahrung für die sterbenden Kinder stehen, kann ich gar nicht beschreiben. Die Männer sind völlig teilnahmslos und sehen dumpf in die hoffnungslose Zeit.

Diese Beispiele stammen aus einer Gegend, wo die Hungersnöte besser sind als in anderen Teilen des Gouvernements Samara. Die Verhältnisse sind ähnlich oder schlimmer im großen Teil des ganzen Russlands. Die Bevölkerung, ohne eine Klage zu äußern, wartet im Todeskampf auf die Hilfe der anderen Völker Europas, auf die sie sich hofft. Jede verlorene Minute bedeutet Hunderte von Todesfällen. Wir brauchen Getreide als Nahrungsmittel und Saatgut für nächstes Frühjahr. Die Felder sind gepflügt und geegert, aber es fehlt an Saat. Die Arbeiter und Regierungen Europas müssen erwachen, die Tatsachen und das Futur haben, daß sich hier abspielt, begreifen. Im Namen der Menschlichkeit muß diesem Zustande abgeholfen werden. Es ist spät, aber Zeit ist noch genug für tätiges Eingreifen.

Ein nationaler Verleumder am Pranger.

Zurückgenommene Verleumdung.

Der Schriftleiter der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ stellt über die Genossen Eckelmann und Wolfel Behauptungen auf, die geeignet waren, das Ansehen unserer Genossen in ehrerbietiger Weise zu verletzen. Unsere Genossen Eckelmann und Wolfel erregten eine Verleumdungsklage an. In der Verhandlung kam es zu einem Vergleich auf der Grundlage, daß die nachfolgende Erklärung in der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ wie im „Vorwärts“ zu veröffentlichen sei. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

In eigener Sache.

Ich habe mich aus Grund der stattgehabten Verhandlungen davon überzeugt, daß die in Nr. 2 der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ vom 6. Januar 1920 aufgestellten Behauptungen:

die Herren Eckelmann und Wolfel hätten sich für die angebliche Erteilung eines Einfuhr- oder Durchfuhrscheines an Georg Skarz über den Betrag von 50 - fünfzig - Millionen Mark, oder überhaupt für die Erteilung von Einfuhrscheinen aus eigenem Willen und ohne Zustimmung der Regierung, und sich für die Erteilung solcher Scheine Vorteile versprechen oder gewähren lassen,

jeder tatsächlichen Unterlage entbehren, und nehme sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Dr. Diekmann, Schriftleiter der „D. N. A.“

Hoffentlich ist diese öffentliche Anprangerung den zu Verleumdungen stets gern bereiten deutschnationalen Maulhelden eine ernste Mahnung.

Stolz lieb' ich den Bayer!

Die Sozialdemokraten des bayerischen Landtages hatten den Antrag gestellt, die bayerische Regierung solle entsprechend dem § 109 der Reichsverfassung im Reichsrat für die Zulassung der Frauen zu dem Schöffen- und Geschworenentum eintreten. Der Vertreter des bayerischen Justizministeriums lehnte diese „Zunehmung“ ab. „Verwechslung und Verleumdung der Rechtspflege“, „geistige Inferiorität“, „körperliche Schwäche“ und „dienstliche Verbindung in gewissen Fällen“ waren die Gründe, die dieser hoffnungsvolle Diener der Gerechtigkeit dem § 109 verweigerte und mit denen er den Frauen die Tür zu den Gerichtsstuben und Sälen zuschlug.

Aber die bayerischen Landboten sind abgehärtet. Ihre Regierung hat sie schon an zu viel gewöhnt, als daß sie diese Offenbarungen von der Regierungshand faulerlich hätten aufregen können. Gemütsbewegungen gab's auf der linken Seite, als der Regierungsmann den obigen schäblichen Einwänden folgende Beweisführung hinterherhaute: „Nach alter deutscher Auffassung ist es eine Schande für einen Mann, von einer Frau oder unter deren Mitwirkung abgeurteilt zu werden!“

Wie schlug diese Bombe ein! Die Antragsteller verließen sie eine ganze Weile in Trauer. Wie ersehnt wird, sollen der Berliner Massen-Frauenmörder Großmann und sein Berliner Kollege Landru eine Justizmahnungsadresse an das bayerische Justizministerium vorbereiten. Darin wird der Gedanke entwickelt werden, daß gerade sie es für ganz besonders blamabel halten oder gehalten hätten, von einer Frau mitverurteilt zu werden. . . .

Bürgerliche Journalisten auf dem Kriegspfad gegen das Kapital.

Der Verband Dresden des Landesverbandes sächsischer Presse hatte in einer Mitabnehmerversammlung ein Ultimatum eine Resolution, in der es u. a. heißt:

„Infolge der bevorstehende Erhöhung des Bezugspreises und der Anhebung der Abgaben auch mit der Steigerung der Gehälter der Journalisten und Arbeiter bearbeitet wird, ist seit Monaten eine Erhöhung der Bezüge der Redakteure und Journalisten, die Mitarbeiter noch nicht erfolgt. Die Zugewandten, zu denen sich die Verleger bisher unerschrocken verhalten, tragen den Verantwortung für diesen Mangel an Redakteure wurde bei diesen Zugewandten noch weit hinter den Bezügen zurückbleiben, die Angehörige anderer Berufe erhalten, in denen gleichwertige Arbeit geleistet wird. Das Verhalten der Verleger ist nun so mehr zu verurteilen, weil sich ein großer Teil der Journalisten in der schwersten Notlage befindet, und die Redakteure anderer, sogar weniger teuren Landesteile Deutschlands außerordentlich höher entlohnt werden.“

Es wurde beschlossen, diese Resolution möglichst auch in der bürgerlichen Presse zu veröffentlichen. Wenn sich die Verleger dem widersetzen, so soll dies öffentlich bekanntgegeben werden.

Es ist das erste Mal, daß der Gegensatz zwischen Redakteuren und Verlegern, der sich in letzter Zeit mehr und mehr vertieft hat, nach außen in dieser Weise in Erscheinung tritt. Redakteure und Schriftsteller sind gezwungen, sich jetzt gewerkschaftlichen Methoden zur Befreiung ihrer Lage zu bedienen, weil sich die Verleger sträuben, die Bezüge der Zeitung anzupassen. Wenn die Redakteure, die in der bürgerlichen Presse die Interessen des Kapitals vertreten

soffen, immer mehr gezwungen sind, sich der gewerkschaftlichen Methoden im wirtschaftlichen Kampf zu bedienen, werden sie bald ein recht unbrauchbares Werkzeug der bürgerlichen Gesellschaft im Kampfe für das Kapital werden.

Ein rheinischer Notruf nach Washington.

Abn., 18. Dez. (W. A. N.) Der Wirtschaftsausschuß und der Gewerkschaftsausschuß des rheinischen Bundes haben sich in einer gemeinsamen dringlichen Kundgebung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Bitte gewandt, die Konferenz nicht zu beenden, ohne daß unter der Besetzung schwer leidenden Bevölkerung des besetzten Gebietes zu helfen und der Konferenz einen Abrüstungsvorschlag für das besetzte Gebiet vorzulegen.

Das Feilschen um die Abrüstung.

New York, 17. Dez. Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Washington geht die englische, amerikanische und japanische Meinung im allgemeinen dahin, daß der Naumgehalt der französischen und der italienischen Flotte auf keinen Fall mehr als je 200 000 Tonnen umfassen dürfe. Frankreich macht dagegen geltend, daß es ungerecht sei, die von England, den Vereinigten Staaten und Japan angenommene 40 Prozent betragende Herabminderung der Flottenstärke auf die bestehende französische Flotte zu übertragen, da Frankreich während des Weltkrieges keine Schiffe habe bauen können. Die „New York Herald“ aus Washington meldet, würde durch die unerwartete Stellungnahme Frankreichs eine Verzögerung in der Fertigstellung des Flottenabrüstungsprogramms eintreten, von dem $\frac{2}{3}$ bereits fertiggestellt sind.

Englische „Abrüstung“.

London, 17. Dez. Wie die Blätter melden, will England auf Grund des Abrüstungsplanes, auf den man sich in Washington endgültig geeinigt hat, vielleicht zwei neue Kriegsschiffe bauen.

Um die Erhöhung der Unfallrenten. Im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten erklärte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, daß der Vorschlag, als neue Zulage für die Unfallrenten die jetzigen Zulagen zu verdoppeln, undurchführbar erscheint. Dagegen sollte versucht werden, eine Verständigung auf Grund der sozialdemokratischen Änderungsanträge zu dem Regierungsentwurf herbeizuführen. Mit diesem Versuch wurde ein Unterabschuß betraut, der schließlich folgendes vorschlug: Der Nachweis der Bedürftigkeit wird im allgemeinen beseitigt. Demnach sollen die Renten auf den Betrag erhöht werden, der sich ergibt, wenn ihrer Berechnung ein Jahresarbeitsverdienst von 12 000 Mark in der gewerblichen Unfallversicherung und ein Jahresarbeitsverdienst von 8100 Mark in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung zugrunde gelegt wird. Leider blieb das Arbeitsministerium dabei, daß diese Zulagen nur an solche Rentner gezahlt werden, die 10 v. H. der Vorkrente und mehr erhalten. Für Arbeitsverdienstes, für solche über 16 Jahre, aber unter 21 Jahren, werden 80 v. H. jenes Arbeitsverdienstes zugrunde gelegt. Dagegen ist eine ungünstigere Berechnung für weibliche Versicherte abgelehnt worden.

Clemens v. Delbriick, Staatsminister a. D., ist gestern im 66. Lebensjahre gestorben. D. war in den Jahren 1896-1902 Oberbürgermeister in Langen.

Streikdrohung der Hamburger Beamten. Eine von 7000 Personen besetzte Versammlung Hamburger Beamten beschloß, die im Streik einzutreten, falls ihre Forderung auf Auszahlung der Jahresschaltner vor Weihnachten nicht erfüllt werde.

Vereintigt haben sich die Sozialistische Partei und die Unabhängige kommunistische Partei der Schweiz. Die orthodox-moskowitzische K.P.Z. besteht angeblich noch weiter.

Zita wieder auf Reisen. Die ungarische Königin Zita verließ wie aus Paris gemeldet wird, am 26. Dezember die Insel Madeira, um sich nach der Schweiz zu begeben.

Die Berliner Autobroschüren-Chauffeurs sind Sonntag um Mitternacht in den Streik getreten als Protest gegen die neue Kraftwagenperikonen.

Die Kohlennot. Die gesamte Ruhrhaver Fischerdampferflotte wird nunmehr im Laufe dieser Woche zum Stillstand kommen. Es sind nur noch fünf Dampfer zum Gang unterwegs, von dem sie im Laufe der Woche zurückkehren werden. Seit Wochen schon können keine Fischerdampfer mehr mit Kohle versorgt werden und daran wird sich auch in absehbarer Zeit nicht ändern. Mit irgendwelchen Kohlenzufuhren ist vorläufig nicht zu rechnen.

Ein dänischer Nord-Ostsee-Kanal. In Dänemark betreiben zurzeit interessierte Kreise die Verwirklichung des Amfjordwäherwas zu einem Kanal, der das Kattegat unmittelbar mit der Nordsee verbinden soll, unter Vermeidung des Weges um das verächtliche kummreiche Skagerrak.

Die Berliner S-Bahn. Die Berliner S-Bahn ist seit Sonntag nach achtstündiger Streikpause wieder in Betrieb, es gelang, den Ausstand der Wagen vollständig zu beheben.

Verfälschte Munitionstransporte. Die spanische Presse bringt die Nachricht, daß das spanische Kanonenboot „Bonifaz“ in den Gewässern von Albuconas zwei französische Schiffe mit Waffen und Munition, die für die Abwehr bestimmt waren, aufgriff und verfrachtete.

Detroit, Pittsburgh, New Orleans in den Jahren bis 1918 wechsellnd und nur ganz langsam herunter. Sie betragen 1915 10,70 auf 100 Zertifikate, 1916 11,01, 1917 11,52, 1918 10,40. Im Jahre 1919, in dem nur die zweite Hälfte unter Alkoholverbot stand, sank die Zahl auf 9,20, 1920 auf 8,08, also ein außerordentlich rasches Absinken nach Eintritt des Alkoholverbots.

Wucherfenswert sind auch die Zahlen der Großstadt Boston über die Verkaufszahlen von Zinnselbst. 1917 bei vollem Absatz 12.500; 1919 unter teilweiser Einschränkung, 56.000; 1919 mit Alkoholverbot ab 1. Juli 12.500; 1920 ganz unter Verbot 10.507, Abnahme 1920 gegen 1917 um 72 Proz. Z. Goebb.

Auf die Anfrage im deutschen Reichstage, ob sich die Regierung des amtliche amerikanische Material über die guten Wirkungen des Alkoholverbots beschaffen und daraus hinführen wolle, daß in Deutschland Alkohol nur noch für medizinische oder technische Zwecke beschafft werden dürfe, erklärte ein Regierungsvertreter, daß erst noch die Erfahrungen aus anderen Ländern, wie z. B. Schweden, abgemerkt werden müssen.

Aus dem Osten.

Wegen Biawnie verurteilte die Brandenzer Strafkammer den früheren Leutnant Josef Tokowski zu einem Jahre Gefängnis. Er hatte sich zum ersten Male im Jahre 1917 verheiratet, und zwar ließ er sich damals triestrawen. Während des Abwehrkrieges im Jahre 1920 war er bei der französischen Mission und lernte eine Gräfin Valoda aus Gießen kennen, mit der er, trotzdem er bereits verheiratet war, auch die Ehe einging. Längere Zeit lebte er mit der Gräfin zusammen, wamentwischen er von seiner ihm zuerst getrauten Gattin nie vernimmt gehalten wurde.

Der Hebräer eines Landbauers fand vor dem Landberger Schöffengericht seine Sühne. Am 10. November 1921 fand in Stolzenberg ein Gräberfest statt. Zu diesem Gräberfest war der Kreisbauernführer des Brandenburgerischen Landbauverbundes, Warnestedt, hinzugezogen. Da er in einer Ansprache letztlich die Gutsbesitzer und die Beamten hochleben ließ, schloß sich jeder, der Vorsitzender ist, gekränkt. Es kam zwischen ihm und Warnestedt zu Reibereien, in deren Verlauf jeder den anderen beleidigte. Unabhängig von diesen Beleidigungen kam es später dann zu einer Schlägerei zwischen den beiden, bei der nach dem Erscheinen der Beweisaufnahme Warnestedt den Leder angriff, ihn an Boden wirft und so schwer mißhandelte, daß jeder mehrere Verletzungen davontrug. Jeder selbst erhielt 50 Mark Geldstrafe für die von ihm ausgesprochenen Beleidigungen und Warnestedt 4 Wochen Gefängnis, die insbesondere mit Rücksicht darauf ausgesprochen wurden, daß er den bereits am Boden liegenden Leder noch weiter auf das große Gesicht geschlagen hat.

Zahnpolizei im Polen. Vor fünf Wochen, beim größten Teufels der polnischen Markt, stellten sich die Zahnpolizei im Polen folgende Reihenfolge: Herren Chromleder Stiefel 15.000 bis 20.000 Mark, bessere Sorten 18-21.000 Mark, Lederschuhe 25-40.000 Mark, Damenschuhe aus Chromleder 14-20.000 Mark, bessere Sorten 18-20.000 Mark, Lederschuhe 18-10.000 Mark. Besondere, d. h. nachdem die polnische Markt abgeschlossen wurde etwas gesunken ist, stellten sich die Preise folgende unter anderem: Herrenstiefel, Chromleder 10-15.000 Mark, bessere Sorten 12-18.000 Mark, Lederschuhe 19-28.000 Mark, Damenschuhe aus Chromleder 9-16.000 Mark, bessere Sorten 12-20.000 Mark, Lederschuhe 13-28.000 Mark.

ArbeitslosenDemonstration in Vord. Am Sonntag fand in Vord. eine Massenversammlung gegen die Arbeitslosigkeit und die Arbeitsbeschränkungen statt. Es wurde eine Resolution angenommen, jedoch von dem geplanten Zeitplan der Arbeit Abstand genommen. Die Resolution beginnt mit der Forderung, daß von dem Staat in der Zeit der Arbeitslosigkeit die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeitslosen berücksichtigt werden, die dadurch am längsten Tode durch Hunger und Kälte verurteilt ist. Ein besonderer Antrag enthält die Arbeiter zur Annahme und tatsächlichen Ausschreibungen gegenüber dem polnischen Staat. Dieser Antrag ist durch den bösen Willen der Kapitalisten hervorgerufen worden. Sie wollen die durch Hunger und Kälte gemachten Arbeiter zwingen, die von ihnen diktierten Arbeitsbedingungen anzunehmen. Aus diesem Grunde wird die Regierung aufgefordert, die gegenwärtige Arbeit zu untersuchen, die Industrie einer Kontrolle zu unterstellen, den Arbeitslosen

Arbeit zu verschaffen oder ansatzbegl. Unterstützung zu gewähren, den Kampf mit der Forderung aufzunehmen und zur Beschleunigung der bei den reichgewordenen Vätern und Gutsbesitzern aufgeschobenen Reformen Mittel zu schaffen.

Volkswirtschaftliches.

Die starke Zickzack der Großhandelspreise im Monat November, die bereits an Hand anderer Messungen festgestellt wurde, wird auch durch die Großhandelspreise der des Statistischen Reichsamts bestätigt. Die in von 1917 im Durchschnitt des Monats Oktober auf 115, oder um 18,8 v. H. im Durchschnitt des Monats November gestiegen und hat die außerordentliche Höhe vom Februar 1920 in allen Warengruppen weit überstiegen. Gegenüber dem Rekordwert liegen die Preise von 1921 auf 1917 auf 3197; N. L. S., N. L. S., N. L. S. von 2225 auf 317; N. L. S. von 2000 auf 3023; Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Viehzucht auf 2417 von 1170 auf 3519; Metalle von 2665 auf 5423; Kohle und Eisen von 1885 auf 2880; Industrieerzeugnisse von 2331 auf 5113; die vornehmlich im Ausland erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Mehl, Reis, Zett, Kohle, Eisen) im Durchschnitt von 225 auf 2097; die vornehmlich aus dem Ausland eingekehrte Waren von 185 auf 5092. Der Preis für im Durchschnitt des Monats November gegenüber Oktober um 75,1 Prozent, um 10 Prozent die Einfuhrwaren mit einer Preissteigerung um 75,9 Prozent, während sich das Preisniveau der Ausfuhrwaren gleichzeitig um 32,8 Prozent hob.

Nach Wiederanfang der deutschen Handelsflotte. Auf der Wasserfahrt lief das Fracht- und Passagierschiff des Norddeutschen Lloyd in Bremen „Porta“ vom Stapel. Es ist ein Schwester-Schiff des zuletzt vom Stapel gelassenen Dampfers „Minden“. Das Schiff faßt 6500 Ladetonnen und ist 100 Meter lang. — Die Reederei Hugo Lünnes stellt einen neuen großen Dampfer in den Südamerika Dienst. Es ist der Dampfer „Holm“ der Danziger Reederei und Handels-Gesellschaft Aktus. Seine erste Fahrt wird er kurz vor Weihnachten nach Brasilien und dem Pazifik antreten.

Die Arbeitsbedingungen in den Moskauer Privatbetrieben. Der Moskauer Gewerkschaftsrat hat eine Revision der Arbeitsbedingungen in den Moskauer Privatbetrieben vorgenommen und dabei viele Mängel festgestellt. Im Ganzen wurden 85 Betriebe untersucht. Es handelte sich dabei in der Hauptsache um Kaufhäuser, Restaurants, kleine mechanische Werkstätten, Bekleidungs- und Schuhfabriken u. a. Die Arbeiter und Gehilfen der Angestellten erlebten immer sehr unruhig den Besitz des Betriebs, ohne Vermittlung der Gewerkschaften. Der achtstündige Arbeitstag wurde fast überall eingehalten, es wurden Fälle von 11 bis 12, ja von 11 bis 14stündiger Arbeitsdauer festgestellt. Die Bezahlung der Arbeiter erfolgte meist noch dem alten System. Ein Gehalt nur in bar in den Vereinen, um nur 10 v. H. in die meisten Angehörigen gehörten nicht den betreffenden Gewerkschaften an.

Polen und der russische Markt. Der Vertreter der sowjetrussischen Handelsdelegation in Warschau, Grotzschafom, erklärte der polnischen Presse, daß der warenhungrige russische Markt seinen Bedarf an Textilien, Manufakturwaren, Glas, landwirtschaftlichen Maschinen usw. am vornehmlichsten in Polen decken würde. Die polnische russische Delegation werde den Absatz von Konsumgütern zwischen der sowjetrussischen Handelsvertretung und den polnischen Kaufleuten vorläufig ermöglichen. Er hoffe jedoch, daß die bestehenden Beziehungen bald vollständig sein würden.

Ein neuer Stahlstahl. Neben dem mächtigen amerikanischen Stahlstahl Steel Corporation ist jetzt ein zweiter Weltmacht in der amerikanischen Stahlindustrie im Entstehen. Sieben große Stahlwerke sollen unter der Leitung der achtgrößten Stahlwerke, die sich von Stahl zusammengefaßt werden. Das Gesamtvermögen des neuen Trusts beläuft sich auf 100 Millionen Dollar, die Hälfte des Steel Corporation.

10000 Zehndhüser wurden Sonntag nachmittags auf dem Tempelhofer Feld verbrannt. Dieser riesige Schrotterhaufen war das Ergebnis eines Stampfes gegen die Zehndliteratur, den der Neutöllner Magistrat mit Unterstützung zahlreicher Jugendorganisationen und Lehrer veranstaltet hat.

Zusatz-Verbot. Bei den Anfallwettspielen in Rudolph war es in letzter Zeit wiederholt zu ernten Ausschreitungen der Spieler und des Publikums gekommen. Demnach hat nun die Polizeibehörde ein Verbot erlassen und die Wettspiele bis auf weiteres gänzlich unterbietet.

Wieder ein schwerer Explosionsunglück. Nachdem vor einigen Tagen in der Sprengstoff-Fabrik Pulowitz bei Potsdam sich eine sehr schwere Explosionskatastrophe ereignet hatte, ist das Werk Sonnabend fröhlich erneut von einem ähnlichen Unglück heimgesucht worden. In der Abfallanlage erfolgte eine Explosion, wobei fünf Mann getötet und mehrere schwer verletzt wurden.

Ein neuer Schieberzweig. Das Straßburger Geschworenengericht hat den naturalisierten Deutschen Hermann Gehlert zu zwei Jahren Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe verurteilt. Gehlert wurde beschuldigt, im Elsaß ansässigen Deutschen durch betrügerische Handlungen die Naturalisation als Franzose verschafft zu haben.

Eine schwere Grippeepidemie in Hamburg wütet seit vorangegangener Ära. Die Krankezahl ist beachtlich.

Großfeuer im Hafen von Valencia. In der vergangenen Nacht ist in den gedekten Hafendocks, die 2000 Tonnen Waren enthielten, von denen einige einen großen Wert darstellten, wie zum Beispiel Schals und Masten, eine Feuerbrunst ausgebrochen. Der Verlust wird auf mehr als zwei Millionen geschätzt.

Der eigenen Bruder erschossen. Im Waldsee erschoss der 12jährige Sohn des Bauernmanns Becke beim Spielen mit einer Pistole einen fünfjährigen Bruder. Die Eltern besanden sich auf einer Gastwirtschaft bei Verwandten und hatten die Kinder allein zurückgelassen. Die Gelegenheit benutzte der Knabe, um die in dem unaufsichtlichen Schießstich verweilte Pistole seines Vaters, die war geladen, abzufeuern, worauf er den Bruder in die Stirn gedrungen und hatte ihn so schwer verletzt, daß er wenige Augenblicke nach dem Anstoßen starb.

Bizarre oder Blöde. Eine interessante Entscheidung fällt im Fall des Bauernmanns Richter in einem Ehebeistandungsprozess. Es handelte sich um die Entscheidung der Frau eines Arztes, welche von zwei verschiedenen Verhandlungen wählen möchte. Als nun die Entscheidung darüber getroffen werden sollte, wenn von den beiden Ehegatten ihr sechsjähriges Kind abgeschoben werden sollte, erklärte der Richter, Mrs. Sie möge wählen, ihren Mann und der Partee wählen. Sie muß sich im Leben achten, nicht mehr zu rauchen, wenn sie das Kind haben wolle. Er erklärte, er wolle nicht im allgemeinen der Wünsche der Damen verweihen, aber er habe dazu das Ergebnis von Sachverständigen befragt in diesem Falle, was aus der gesunde Menschenverstand sagt: Ein Kind von so gutem Vater wird besser aufwachsen, wenn es in eine gute Schule gebracht wird, die nicht von Lärm und Lärm verunreinigt ist.

Österreichs letzter Leutnant. Am österreichischen Nationalrat wurde dieser Tage ein Bericht über die Organisationsreform der polnischen österreichischen Armeen vorgelesen. Das Österrische Militär die gesamten 127 Offiziere wie folgt auf: 1 Oberste Leutnant, 291 Leutnant, 37 Oberleutnant, 11 Major, 312 Hauptleute, 111 Oberleutnant und 1 Leutnant — Leutnant. Ein einziger erfahrener Leutnant für die ganze österreichische Armee! Da hat Deutschland es doch besser. Denn in der Leutnant nicht nur in zahlreichen Grenadiere, sondern auch in einer Einheit erhalten gehalten, die noch immer mit Leidenschaft und Monotonie allen Anforderungen eines wirklich abgedienten Militärismus genügt.

Ein ernstes Wort.

Vom Verhalten im Theater.

Das Theater will mehr sein als eine Stätte gelegentlichen Amüsaments. Es will den Zuschauern den Weg zum inneren Leben weisen und sie zu neuen Erkenntnissen verhelfen. Es ist selbstverständlich, daß nicht in allen Bereichen gleich ein volles Verständnis für die Bedürfnisse künstlerischer Gestaltung besteht. Es wird immer Leute geben, die gerade bei ernstem, aus reinem Schönheitssinn ausgehenden Werken zunächst unerschütterlich bleiben.

Wer aber ein Theater besucht, hat die Pflicht, Rücksicht auf die Gemeinschaft zu nehmen, der er sich aus freien Stücken anschließt. Seine Schuldigkeit ist es, durch sein Verhalten, durch angemessenes Benehmen die Erwartung der anderen nicht zu trüben.

Vom jedem Zuschauer ist zu verlangen, daß er pünktlich zur Vorstellung erscheint. Wer zu spät kommt, hat sich wenigstens nicht durch Betreten des Zuschauerraumes während des Spiels oder gar lärmendes Aufstehen seines Zuges unliebsam bemerkbar zu machen.

Es ist gleichermassen ein Zeichen von Unbildung wie von Schamlosigkeit, wenn jemand während des Spiels mit seinen Nachbarn spricht, mit Papier knirscht oder ähnliche lärmende Geräusche verursacht. Auch wenn jemand alles vermeint und sich zu schäme, das heute die Verhältnisse durchschaut, kann unterdrückt werden. Wo irgendein besonderes spannender Vorgang die Aufmerksamkeit packt, vernehmen allgemein diese Geräusche von selbst; ein Hinweis, daß sie nicht unangenehm sind. Zum mindesten sind sie ein Zeichen von Unbildung, wenn man bei einer Stelle einmal lautstark etwas „murmelt“. Es wird diese Auffassung ein Zeichen der Unbildung sein; aber auch wo der Theaterbesucher seinen eigenen Darsteller ein vor seine humoristische Fähigkeiten, gerade ein „murmelt“, doch die Stimmung ein

feinüblicher Mensch wird hier auch gar nicht in Betracht kommen, sich durch vernünftige Taktik bemerkbar zu machen.

Je mehr sich jemand zusammenschließt, je energischer er jeder Verführung zum Lachen, Weinen, Knurren und Weiden leidet, je höher er sich dabei über sich selbst dem Werte des Dichters zu stellen vermag, desto mehr wird er bei den anderen werden, dieses Werk zu verstehen, um so mehr wird es ihm geben, um so größeren Genuß wird er von dem Theater haben.

Moderne Walfängerschnitten. Wir können über die Kleinheit der Walfänge, auf denen die großen Eisbärenrisiken früherer Jahrhunderte vollbracht wurden: Die „Rachen“ der Walfänger, mit denen diese Bestien, Grönland und Nordamerika erbeutet, waren etwa 3 Meter lang und 1 Meter breit. Der Walfänger „Sagittarius“ war 100 Tonnen groß, Magellans, des ersten Weltumsegelers größtes Schiff 120 Tonnen, und Drake's, des berühmten englischen Seeräubers und Entdeckers, „Pelican“, 100 Tonnen, kein Kleinbootes Schiff lag nur 15 Tonnen groß. Aber auch in der Gegenwart bringen sich hochmoderne Walfängerschnitten noch winzigen Schößen zu großen Nahrung an. 1912 wurden fast gleichzeitig zwei Walfahrten auf nur 32 Tonnen großen, 17 bis 18 Meter langen Schifflein unternommen. Ruffin Kanien betrat auf der Westküste von Norwegen auf die Walfahrt und zog heraus, und der französische Kapitän Kallier du Vatn kam nach der Kurie des Schiffes durch die Alpen nach dem Meer zu überbringen aus einer kleinen Insel in der Ostsee. Die ihn in 7 Jahren durch den Atlantischen und den indischen Ozean nach Australien, zurück durch den Stillen Ozean und den Panamakanal nach Gurova führen sollte. Neher beide Fahrten ist erst in diesem Jahre etwas bekannt geworden; über Kanien's Reise durch Lin 1921 in Leipzig erschienenen hübschen Buch „Seefahrten“, über Kallier du Vatn's Fahrt besonders die Beschreibung des Schiffes Tournelet freigesetzt ist ihm durch die Wiener Geogr. Gesellschaft. Kanien's Fahrt war die unglücklichste und auch weniger

erfolgreicher von beiden; was es aber bedeutet, in einer solchen Höhe einen riesigen Turm durchzuwandern, darüber wäre man in keinem Falle nachdenken. Kallier du Vatn mußte seine Reise nach zweijähriger Dauer bei Kriegsausebruch in Australien unterbrechen; es war ihm aber vorher gelungen, die damals des ostindischen Ozeans als „Kosmos“, der aus Europa durch den Aufenthalt und die anschließende Expedition, Entensperner und Warth, in den Jahren 1491 und 1492, gemäßigten aus dem genauen ist, sehr zu verbessern und namentlich mehrere gute Aufschlüsse aufzunehmen, die in den durch ihre ganz persönlich eingehenden Systeme berühmten Walfängern um den Inseln sehr von Nutzen sind.

Ein Riesenrad in Prag. Von dem Traber- und Allgemeinen Sportverein in Prag ist die Anlage eines Riesenrads in Aussicht genommen, dessen Aussehen die bisher in Europa existierenden derartigen Anlagen weit übertreffen. Als Umrahmung einer Trabrennbahn wird eine Rennbahn für Rad- und Motorsport von 1100 Meter Umfang angelegt. Am inneren Ende dieser Bahn soll eine 1000-Yards-Laufbahn entstehen, während der Auslaufraum Fußball, Tennis, Hockey und Springplätze aufnehmen wird. Die Verwirklichung des Projektes steht in Aussicht, da bereits im Frühjahr mit den Arbeiten begonnen werden soll.

Die größte Fördermaschine der Welt ist vor kurzem in der Maschinenfabrik der Union Carbide & Graphite in Australien fertiggestellt worden. Wie in den „Naturwissenschaften“ darüber mitgeteilt wird, fördert diese Maschine mittels einer Zeitkugel von 914 Meter Durchmesser und ebenfalls weite eine Last von 10 Tonnen aus 2000-2500 Metern tieferer Erde. Das Gewicht des abgewickelten Seiles von 300 Metern Länge beträgt 10 Tonnen und ist ausbalanciert. Das Stahlseil hat eine Dicke von 44 Millimetern. Unter Berücksichtigung des Auf- und Abfahrens beträgt die Zeit eines Zuges 4 Minuten 8 Sekunden. In der Stunde waren 12 Tüge gefahren.

Ein neues Lohnpfändungsgefetz

Ist vom Senat dem Volkstag vorgelegt worden, nach dem der Arbeits- und Dienstlohn bis zur Summe von achttausend Mark für das Jahr, und, soweit er diese Summe übersteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrages der Pfändung nicht unterworfen ist.

Wirtschaftsbeihilfe im Handelsgewerbe.

Der Demobilisationskommissar hat den Nachtrag vom 29. November 1921 zu dem zwischen dem Bund der Arbeitgeberverbände im Handelsgewerbe einerseits, sowie den Anstellendenorganisationen andererseits geltenden Tarifvertrag, durch den sich die Arbeitgeber zur Zahlung einer Wirtschaftsbeihilfe von 1200 Mark bis 300 Mark verpflichtet.

Die neuen deutschen Postgebühren.

wie sie auch von Danzig übernommen werden dürften, sind vom deutschen Reichstag zum 1. Januar 1922 endgültig beschlossen. Die Postkarte im Dreieck 7 1/2 Pf., im Fernverkehr 1,25 Mark, für den Brief im Fernverkehr bis zu 20 Gramm 1,25 Mark, über 20-50 Gramm 2 Mark, im Fernverkehr bis zu 50 Gramm 2 Mark, über 50-100 Gramm 3 Mark, über 100-200 Gramm 4 Mark, über 200-500 Gramm 5 Mark.

Sturm-Trüben.

Der heftige Sturm, der in der Nacht zum Sonnabend einsetzte, hielt noch während des gestrigen Vormittags an, und machte den Aufenthalt im Freien unangenehm.

Anfolge Sturmes sind die Fernleitungen nach Berlin, Hamburg, Stettin, Ostpreußen, Allenstein, Ostpommern, Marienwerder, Marienburg, Elba, Joppo, Neuteich, Warschau, Posen, Bromberg, Graubenz, Thorn und Fischau gestört.

Im Norden wütete das Wetter ebenfalls. Ein orkanartiger Sturm richtete gestern in Berlin und Umgebung schwere Sachschäden an.

10-Pfund-Pakete zollfrei nach Deutschland.

Wie erst jetzt bekannt wird, können 10-Pfund-Pakete, auch mit Lebensmitteln, bis Weihnachten zollfrei nach Deutschland abgeholt werden.

60 000 Zentner Kartoffeln erfroren?

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Arbeiterzeitung“ einen Artikel, in dem der Ernährungsinspektor Dr. Cäfer, Inhaber der Schnaps- und Vöhrfabrik E. J. Keller, dafür verantwortlich gemacht wird, daß 60 000 Zentner Kartoffeln in Speichern erfroren sind.

Sowjetrussischer Besuch. Der bevollmächtigte Vertreter der russischen Sowjetrepublik, V. Karachan, stattete in der vergangenen Woche dem Präsidenten des Senats Cahn einen Besuch ab.

Jungsozialistengruppe. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß sich in Danzig, wie auch in anderen Städten Mittel- und Westdeutschlands die jungen Parteigenossen zu einer Jungsozialistengruppe zusammengeschlossen haben.

Am Dienstag, den 20. 12. 1921, abends 7 Uhr, findet eine Versammlung in der Aula der Schule Selligse Weg 111 statt.

Die freizügigste Gemeinde ladet ihre Mitglieder am Donnerstag, den 22. Dezember, zur Weihnachtsfeier in den „Kaiserhof“, Selligse Weg 45, 1 Tr. Aus dem Programm sind hervorzuheben: Weihnachtsphantasie und Richard Wagner-Phantasie, komponiert und gespielt von Herrn Arieschen.

Ein „echt“ christlicher Mann

Wir erhalten folgende Zuschrift: Ein echt christlicher Mann ist der Buchdruckereibesitzer G. J. Boenig, Frauengasse Nr. 8. Schon vor einiger Zeit mußte man sich mit diesem Herrn etwas näher beschäftigen und einzelne Praktiken der Verrücktheit bekanntgeben.

Der proletarischen Einheitsfront

Ist wieder einmal das Feldgeschrei der kommunistischen „Arbeiterzeitung“, Anlaß dazu gibt ihr die, wohl auch in kommunistischen Arbeiterkreisen nicht verstandene, Ablehnung einer Forderung der Devisenreform durch das kommunistische Oberhaupt Rahn.

Teife vom Wagon gestohlen. Der Arbeiter W. J. in Danzig sah im Juni am Tage auf der Straße einen Wagen mit Platanen voll Teife stehen. Mit einem andern unbekannt gebliebenen Manne stahl von dem Wagen mehrere Ruten und wurde dabei abgefaßt.

Der 4. Bezirk (Schlicht) des Sozialdemokratischen Vereins hielt am Donnerstag des Steppuhns eine Mitgliederversammlung ab. In einstündiger Rede sprach Gen. Maasow über den Klassenkampf.

Im Zentral-Theater läuft der Film „Herzogin Saganella“. Und er soll dein Herr sein, könnte er auch heißen, denn der Weltgedanke ist, die verderbenbringende Macht des Weibes über den Mann zu schildern gegenüber der anderen Forderung: Herrschaft des Mannes über das Weib.

Polizeibericht vom 18. und 19. Dezember. Festgenommen: 29 Personen, darunter 11 wegen Diebstahls, 2 wegen Sachbeschädigung, 1 wegen Bedrohung, 1 wegen Hausfriedensbruchs, 1 wegen Netteles, 12 in Polizeifaßt. Obdachlos: 5 Personen. Gefunden: 1 Rohrzange, 1 Brüstecke mit Papieren für Otto Krisk, 1 Rohrwolle mit Inhalt, 2 Rohrwolltücher mit Inhalt, 1 Silberne Damenmütze mit Netze, 1 Sanduhrdienstauszeichnung 2. Klasse, 1 leerer Saal, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidenten.

Beitrittsfeier. Hier fand am gestrigen Sonntag eine gütliche Mitgliedserversammlung unserer Partei statt, in der Abg. Gen. Ratzog die ersten Worte sprach. Betreffend für den Herge der Wähler über die sozialdemokratische Aufklärungsarbeit ist, daß der deutschnationalen Gemeindevorsteher Ruge mit Unterstützung seines Sohnes den Abg. Kreszinski auf öffentlicher Straße anlässlich der Wahl mit einem „Annohen-Koputtschlanen“ bedrohte, weil unser Gen. von einem ortskundigen Begleiter über eine so verwerfliche Aktion aufgeklärt worden war.

In Klein-Flüßel fand ebenfalls eine gutbesuchte Versammlung unserer Genossen statt, in der Abg. Gen. Ratzog sprach.

Kleine Nachrichten.

Getreide als Heizmaterial.

Man hat in Genf erklärt, daß in Argentinien Getreide in den Lokomotiven verfeuert würde. Auch in den Vereinigten Staaten wird in diesem Winter Korn verfeuert werden.

Die hohen Kohlenpreise in den Vereinigten Staaten sind keine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die amerikanischen Eisenbahnen und Bergarbeiter sehen in ihr nur eine Folgeerscheinung des privaten Betriebes der Bergwerke und Eisenbahnen, der Förderung und Frachten verteuert.

Bayerns „Ordnungsstellen“-Fimmel. Amlich wird aus München gemeldet: Die bayerische Staatsregierung hat sich mit der Lage befaßt, wie sie nach der vom Reichstag beschlossenen Aufhebung der Ausnahmebestimmungen vom 29. September 1921 sich ergibt.

Die Abstimmung im Ungarnland hat, wie das Ungar. Tel.-Norr. Mitt. nach den Feststellungen der Entenkommission für Ungarn 15 348 und für Oesterreich 8227 Stimmen ergeben.

Verammlungs-Anzeiger

Verband der Fabrikarbeiter.

Montag, den 19. Dez., abends 6 Uhr, Versammlung der Arbeiterausschüsse und Betriebsvertrauensleute. Lokal: Vereinshaus zur Miltadt, Fischergasse 49.

Mittwoch, den 21. Dezember, abends 6 Uhr, Mitgliederversammlung. Lokal: Schmidtke, Schikhaugasse 6.

Standbeamte vom 17. Dezember 1921.

Todesfälle. Witwe Vertha Hennig geb. Kahn, 40 J. 2 Mon. — Schlosser Albert Machalkinski, 87 J. 1 Mon. — S. d. Lehrers Ernst Schwank, 11 J. 4 Mon. — Invaliden Quaint Knabe, 70 J. 5 Mon. — Frau Louise Rutsch geb. Kuhl, 59 J. 1 Mon. — Witwe Rosalie Wittmar geb. Hoffmann, 66 J. 3 Mon. — Frau Louise Wochne geb. Reichert, fast 61 J.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Ausgl.) 5,67 am Vortage 6,00
Dollar: 196 „ „ 197
Engl. Pfund: 707,5 „ „ 820
Franz. Franks: 15,00 „ „ 15,20
Gulden: „ „ „

Wasserstandsnotizen am 19. Dezember 1921.

Table with 4 columns: Location, 17.12., 18.12., and another 18.12. column. Locations include Jomischost, Warshau, Plock, Thorn, Fordon, Culm, Graudenz, Kurzebrack, Mlontauerpige, Pischel, Dirschau, Einlage, Schiewenhorst, Schönau D. P., Balgenberg O. P., Neuhorsterbusch, Anwachs.

Eisbericht vom 19. Dezember. Betreffend: Von Schilno bis 110 Meter 37 Eisstand, bis 56 einzelne Schollen, bis 69,7 Eisstand, bis 64,4 eisfrei, bis 100 Eisstand, bis 102 Eisstr., 1/2 Strombreite, bis 119 Eisstand, bis 142 einzelne Schollen, bis 139 Eisstand, bis 163 einzelne Schollen, bis 217,5 Eisstand, alsdann eisfrei. Eisbrechdampfer Ossa, Mlontau und Rogat in Einlage, die übrigen in Danzig-Krafan.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Fritz Weber in Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Oliva. — Druck von J. G. Sch. & Co., Danzig.

Gosda Schnupftabak. garantiert rein gekachelt. Ueberall erhältlich. Fabrik: János Gosda, Hähergasse 8.

Bewerkschaftliches.

Streikbrecher dürfen Streikbrecher genannt werden. Wie die „Solothurner Zeitung“ berichtet, entschied in diesem Sinne das Schöffengericht zu Darmstadt in einer Strafsache gegen drei Mitglieder des Solothurner Arbeiterverbandes, darunter ein Gewerkschaftssekretär. Die drei waren angeklagt worden, zwei Schreiner widerrechtlich zur Arbeitsniederlegung gezwungen zu haben, indem sie die Verhinderung der Arbeit durch die Beschäftigung „Streikbrecher“ bewirkten. Vor Gericht kam aber keine der Behauptungen zum Vorschein, weshalb das Gericht alle drei freisprach. Neben dem Urteil heißt es in dem Urteil: „Nur ist an dem Montag, an dem der Streik erklärt wurde, trotzdem er von seinen Kollegen über den Sachverhalt aufgeklärt wurde, in den Betrieb gegangen und hat gearbeitet, hat dadurch Streikbruch verübt und war im Sinne des Wortes Streikbrecher. Eine Verurteilung konnte nicht in Frage kommen, da der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle in Wahrheit berechnete Interessen gehandelt hat.“ Vor dem 9. November 1918 scheitern die Verurteilungen zu urteilen. Es war ganz und gäbe, daß Medaiktoren und Gewerkschaftsvertreter wegen der Verurteilung Streikbrecher, auf Streikbrecher angewandt, zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Konferenz der luxemburgischen Gewerkschaften. In dem kleinen Industrieort Ech Alz fand der vierte Jahreskongress der freien Gewerkschaften Luxemburgs statt. Es waren 20 Delegierte anwesend, die aus 21386 Mitgliedern vertreten. Im Jahresberichtsbericht für das abgelaufene Jahr wurde u. a. auf die Gründung verschiedener Industrieverbände hingewiesen. So schlossen sich u. a. die im Metallarbeiterverband organisierten Werkstättenarbeiter mit dem Verband der luxemburgischen Eisenbahner und der Metallarbeiterverband mit dem Berufs- und Sittensarbeiterverband, der sämtliche Kopf- und Handarbeiter der beiden Industrien umfaßt, zu einem Industrieverband zusammen. Die gegen die beabsichtigten Lohnherabsetzungen und Massenentlassungen gerichtete große Bewegung vom 1. März wurde durch französische Soldaten gewalttätig unterdrückt. Andererseits beeinflussten die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Belgiens in einem Maße die innere Politik Luxemburgs, daß sich die Regierung genötigt sah, das 1920 beschlossene Gesetz über die Arbeiterentschädigung außer Kraft zu setzen. In einer vom Kongress angenommenen Resolution wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, alle das

Arbeitsrecht, den Arbeiterentschädigung, und die Arbeiterversicherung betreffenden Gesetze zu einem einheitlichen Arbeitsrechtbuch zusammenzufassen sowie auf die Durchführung der vollkommenen Gleichstellung aller Arbeiter und Arbeiterinnen in Industrie, Gewerbe, Handel, Landwirtschaft und Hausarbeit zu dringen. Ferner wurde der Wunsch auf Einführung von Unterrichtsferien durch die Gewerkschaften ausgedrückt, um die Arbeiter für ihre Aufgaben in den Arbeiterentschädigungen in entsprechender Weise vorzubereiten. Der Ausschluß aus den internationalen Gewerkschaftsbund wurde einstimmig gebilligt.

Wachsende Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Der Staatssekretär für den Handel Herbert Hoover erklärte in einer Sitzung des handlichen Komitees der Arbeitslosenkonferenz, dessen Vorsitzender er ist, „daß der öffentlichen Verbesserung der Lage die entsprechende Entwicklung folgen werde; die Arbeitslosigkeit werde sich dahin bald bewußt werden. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten ist noch nicht erreicht; vermutlich wird das im Januar oder Februar des nächsten Jahres der Fall sein.“ Bei dieser Gelegenheit erklärte sich Hoover gegen staatliche Arbeitslosenunterstützung. Ein fest angenommenes Gesetz, das 1000000 Dollar für den Bau von öffentlichen Straßen vorzieht, wird dazu beitragen, die Lage etwas zu erleichtern, besonders da die einzelstaatlichen Gelder für diesen Zweck vermutlich doppelt so hoch sein werden.

Japanische Arbeitgeber und Betriebsräte. Der bedeutende Arbeitgeberverband Japans hat sich entschieden, das System der Betriebsräte zur Annahme zu empfehlen, „um der Propaganda der Arbeiter im weithinigen Japan ein Ende zu machen“. Diesen Zweck seines Entgegenkommens merkt man dem Entwurf über die Kompetenzen des Betriebsrates und die Regelung der Wahlen an, den wir in der „Mitsubishi“ vom 5. November finden. Dieser Entwurf ist ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, wie Betriebsräte nicht errichtet werden dürfen, wenn sie nicht von vornherein ihren Charakter als unabhängige Vertretung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer einbüßen sollen. In dem Entwurf heißt es über die Kompetenzen der Betriebsräte: „Die Betriebsräte werden als beratendes Organ der Betriebsleitung beigeordnet, aber ihre Mitglieder werden das Recht haben, Vorschläge zu machen. Unter Vorbehalt von bestimmten Bedingungen, die die Tätigkeit der Räte in den verschiedenen Betrieben regeln werden, sind folgende die Haupt-

fragen, mit denen sich die Räte beschäftigen sollen: Stellung der Produktion; Wohlbefinden des Personals; Arbeitsstunden; alle anderen von der Betriebsleitung angelegten Fragen. Die Hälfte der Mitglieder des Betriebsrates wird bestimmt von der Betriebsleitung, die andere Hälfte von den Arbeitern. Wahlberechtigt sind nur die Arbeiter beiderlei Geschlechtes über 20 Jahre, wenn sie länger als ein Jahr in demselben Betrieb tätig sind. Besonders die letzten Bestimmungen sind charakteristisch für die Tendenz, den Betriebsrat zu einem geselligen Organ der Betriebsleitung zu machen.

Bermischtes.

Das liegende Auto. Eine Maschine, die je nach Bedarf auf festem Boden oder in der Luft zu verwenden ist, ist von dem Franzosen Lampier erfunden worden. Es ist ein zweiflügeliger Doppeldecker mit einem Motor von 300 Pferdekraften. Wenn der Apparat als Auto gebraucht werden soll, können die Tragflächen nach rückwärts zusammengelegt werden; das Auto wird dann von einem Motor von zehn bis zwölf Pferdekraften in Gang gehalten, der auch verwendet wird, um den Flugmotor anzutreiben. Die Maschine legte zuerst einen Flug von 20 Minuten zurück, faltete dann ihre Schwingen zusammen und entfiel auf der Straße nach Paris.

Wahlkampf und drahtlose Telephonie. Der jüngste Wahlkampf in New York, bei dem der bisherige Bürgermeister Nolan wiedergewählt wurde, hat zum mindesten eine Neuerung in den Methoden des politischen Kampfes mit sich gebracht: die Einführung des drahtlosen Telephons nämlich als Mittel zur Verbreitung der Wahlreden. Der Gegenkandidat Curran hielt seine Wahlrede in der Sendestelle einer Gesellschaft für drahtlose Telephonie, die von rund 1500 Stationen aufgefingene wurde, von Amateuren, von Schiffen auf dem Meere und in Häfen, von Banken, von Zeitungsredaktionen, die den Text zur direkten Weiterleitung an die Seherlein aufnahmen. Die Zeitungen illustrierten diese Neuerung mit dem Bildnis: der Wähler hört, den Hörer am Ohr, am Klamin oder an der Lampenfassung, horcht der Rede seines Mannes oder des der gegenüberliegenden Partei; die Siedetemperatur der Wahlversammlung macht einer ruhigeren Betrachtung der Dinge Platz; der „Seine Herr“ geht nicht mehr in die Versammlungen usw.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Montag, den 19. Dezember, abends 7 Uhr
Dauerkarten D 2. Gastspielreise
Erstes Gastspiel der Kammerjägerin Mine Sanden,
Leipzig.

Tiefelnd.

Dienstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2. Die
Fahrt ins Blaue. Lustspiel.
Mittwoch, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten A 1.
Gastspielreise. Gastspiel der Kammerjägerin
Mine Sanden, Leipzig. Uda. Große Oper.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1.
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 1. Der
Waldschütz. Komische Oper in drei Aufzügen
von Albert Lortzing.

Metallbureau W. Noll

II. Damm 9 1 Treppe II. Damm 9
zahlt für einen Zahn 10 Mk.
für Bruchgold, Bruchsilber, Platin,
Uhren, Brillanten, Gebisse, sowie
für Gold- und Silbermünzen
höchste Preise am Platze.
Golduntersuchung kostenlos! Reelle Bedienung!

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. W. Normann
Heute, Montag, d. 19. Dezember,
abends 7 1/2 Uhr
Kassenöffnung 6 Uhr

Die Schwalbenhochzeit

Operette in 3 Akten von Leon Jessel.

Freitag, d. 23. Dez., abends 6 Uhr

Volks- und Kinder-Vorstellung

„Die Klein-Eiseln das Christkind suchen ging“.
Vorverkauf im W. Nollhaus (Giebel, Erdgeschoss, Erdgeschoss),
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse.

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Volkspflege

Gewerkschaftlich-Benutzer-
Gastliche Versicherungs-
Kassen-Gesellschaft
- Sterbekasse. -
Kein Policenverfall.
Einfache Tarife für
Erwachsene und Kinder
Ankunft in den Bureaus
der Arbeiterorganisationen
und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt,
Mattenhofen 33.

Gut erhaltener Belzfragen

billig zu verkaufen
Grenadiergasse 28, II z.

Supfer, Messing Blei, Zink usw.

kauft zum Tagespreis
Junkerstraße 8
Hendel, Pfefferstadt 31.

Zum Feste



BORG
ZIGARETTEN
No 18 m. Gold
Zoppotas
Stambul
Balticum
J.B.
Mondain

Möbel und Verlobung

Eine der wichtigsten Fragen, die mit dem Tage der Verlobung an die Jungverlobten und Möbel-suchenden herantritt, ist die **Möbelfrage**. Ohne Zweifel ist diese sogar wichtiger als die Wohnungsfrage, denn die Wohnung kann man wechseln oder tauschen, während die einmal gekauften Möbel den Menschen meistens sein Leben hindurch begleiten. Deshalb sollten sich alle Verlobten immer wieder die unendlich große Wichtigkeit der Möbelkaufs vor Augen halten, Vorsicht und nochmals Vorsicht walten lassen und keine Mühe scheuen, um das Richtige zu finden, nämlich

wirklich formenschöne, erstklassig verarbeitete und dabei auch preiswerte Möbel.

Mit **solchen Möbeln** werden sie sich ihr Leben verschönern und dabei gleichzeitig eine gute Kapitalanlage getätigt haben. Die Verlobten, die in diesem Sinne von der Wichtigkeit des Möbelkaufs durchdrungen sind, sollten nun vor allen Dingen auf keinen Fall versäumen, dem alteingesessenen Fachmann

Otto Eltermann, Danzig, 3. Damm 2 u. 16

einen unverbindlichen Besucht abzustatten. Dieses ist die Firma, die nicht durch äußere Blendmittel wie große Geschäftslage, prunkvolle Ausstellungsräume oder dergleichen, sondern nur durch ihre ganz außerordentlich großen inneren Werte, nämlich **denkbar größte Leistungsfähigkeit** in jeder Beziehung, in **Stadt und Land** man möchte sagen, berühmt geworden ist. Außerdem verbindet sie mit ihrer Realität in glücklichster Weise **ganz modern zeitgemäße, kaufmännische und fachmännische Leitung und Beratung**. Wer daher Möbel braucht oder zu kaufen beabsichtigt und die gerade jetzt mögliche, sehr **günstige Kaufgelegenheit** noch ausnutzen will, der besichtige und prüfe auf alle Fälle ganz unverbindlich die **billigen Preise** der

Möbel- u. Polsterwarenfabrik Otto Eltermann

in Danzig, 3. Damm Nr. 2 und 16. Telefon Nr. 5623.
Man achte genau auf Nr. 2.

(5710)

Soeben erschienen!

Arbeiter-Notiz-Kalender 1922

Preis 4.— Mark.

Buchhandlung Volkswacht,
Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Suche sofort für meine Möbel-Eislererei
einen geprüften
Werkmeister.
Bevorzugt werden solche, die einen selbständigen
Betrieb geleitet haben.

Möbel-Fabrik Paul Diamond
Langfuhr, Hauptstraße 71c.

(5752)

Metalle

und
Eisen
kauft
Altmittel-
Einkaufs-Kontor
Am Jakobstor Nr. 8
am Hauptbhf. Tel. 5149
Höchste Preise!